«Wir setzen Akzente!»

Programmatische Rede des neuen FBPL-Präsidenten Dr. Ernst Walch – Diskussionsoffensive zur Verfassung

«Insbesondere in der Verfassungsfrage dürfen wir keine halbe Sache machen», unterstrich Dr. Ernst Walch gestern am Parteitag der FBPL in Vaduz. In seiner programmatischen Rede kündigte der neue Präsident daher eine grosse Diskussionsoffensive der Bürgerpartei in den Gemeinden an. «Unser Ziel ist es», so Ernst Walch dazu, «dass die ganze Bevölkerung umfassend informiert ist und nicht in Angst oder Unwissen, sondern verantwortungsbewusst einen Verfassungsvorschlag beschliesst, der eine solide Grundlage für unser Zusammenleben in diesem neuen Jahrhundert darstellt.»

Nach der glanzvollen Wahl des neuen Präsidiums bedankte sich Ernst Walch vorerst im Namen aller Gewählten bei den Parteitagsbesuchern recht herzlich für das Vorschussvertrauen. «Gleichzeitig bitte ich Euch», so der neue Parteipräsident, «uns ein Jahr lang auch wirklich zu vertrauen. Wir werden alles tun, Euere Erwartungen zu erfüllen, so wie ich auf Euch zähle, dass Ihr unsere Erwartungen erfüllt. Setzen wir Akzente.»

Die Aussichten in die politische Arbeit skizzierte Dr. Ernst Walch am gestrigen FBPL-Parteitag dann wie folgt: «Grundlage dafür ist, dass die Festlegung und Umsetzung der politischen Schwerpunkte im Gespräch mit Euch erfolgen, dass Ihr besonders in diesem Jahr wachsam seid und Euch politisch engagiert. Stellt Euch zur Verfügung. Macht mit in Diskussionsrunden, bringt Euch ein, helft überzeugen, steht ein für die, denen Ihr Euere Vertretung anvertraut. Unsere Grundhaltung ist konstruktiv, nicht destruktiv, nicht zerstörend, sondern aufbauend.

Wir machen nicht Opposition um der Opposition willen.

Grundlage ist auch, dass wir in Landtag und Regierung derzeit in der Opposition sind und diese Rolle, wie es in einer funktionierenden Demokratie sein muss, auch spielen. Das heisst: Kontrolle ausüben und Alternativen aufzeigen. Es ist nicht alles schlecht, was in unserer Landespolitik derzeit geschieht, aber vieles, wirklich vieles könnte besser sein. Wir kritisieren nicht einfach alles, was oder weil es von der jetzigen Mehrheit kommt. Aber wir erlauben uns, aufzudecken, Hintergründe aufzuzeigen, transparent zu machen und andere Vor-

schläge einzubringen. Die Wähler können dann die aus ihrer Sicht bessere Lösung wählen. Man wird uns Polemik und niedere parteitaktische Motivation vorwerfen. Das wird mich nicht beeindrucken, schon gar nicht mundtot machen. Die Bürgerpartei hat tatsächlich zu verschiedenen, wesentlichen Themen eine eigene Meinung und Einstellung. Diesbezüglich unterscheiden wir uns von den anderen politischen Kräften in unserem Land. In einer Demokratie haben wir die Pflicht, die Unterschiede aufzuzeigen. Dies abzutun mit parteitaktischer Motivation ist undemokratisch oder der untaugliche, da erkannte Versuch, von der Sache abzulenken.

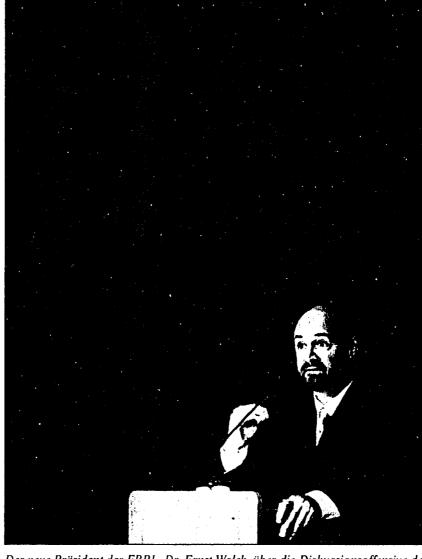
Grundlage unserer Arbeit ist überdies der feste Wille, die Politik in unserem Land wieder bestimmend mitzugestalten. Wir machen nicht Opposition um der Opposition willen, sondern unser Ziel ist es, mit den besseren Ideen und Personen wieder an die – wohlverstanden nicht nur in die – Regierung zu kommen.

Telekommunikation ist für modernen Dienstleistungsplatz wie Liechtenstein das Rückgrat

An Sachthemen mangelt es wahrlich nicht. Diese alle zu kommentieren und Alternativen aufzuzeigen würde den Rahmen dieser Rede und dieses Parteitages sprengen. Ich verweise zunächst auf das Faltblatt der Fraktion, das Euch heute Abend vorliegt und vom Fraktionssprecher Gebhard Hoch bereits vorgestellt wurde.

Ich erinnere an die Telefonie. Es ist unerträglich, wie dilettantisch die Regierung diese Agenda führt bzw. eben nicht zu führen fähig ist. Einerseits belaufen sich die Ertragsausfälle für den Staat jetzt schon auf 10 bis 12 Millionen Franken, andererseits hatte er schon Aufwendungen von 4 bis 5 Millionen Franken. Die Schäden für unsere Volkswirtschaft und die einzelnen Betriebe sind riesig. Der Vertrauensschaden in unser hochentwickeltes Dienstleistungswesen, insbesondere aus Sicht der internationalen Kunden, wird uns noch lange belasten und auf den Ruf unserer sprichwörtlichen Zuverlässigkeit negative Auswirkungen haben. (Bemerkte doch einer, dass die Telefonie sogar in Afghanistan, Kurdistan und Dagastan besser funktioniere als in Liechtenstan.)

Die Telekommunikation ist für einen modernen Dienstleistungsplatz wie Liechtenstein das Rückgrat, die Nabel-



Der neue Präsident der FBPL, Dr. Ernst Walch, über die Diskussionsoffensive der Bürgerpartei zur Verfassungsfrage: «Unser Ziel ist, dass die ganze Bevölkerung umfassend informiert ist und nicht in Angst oder Unwissen, sondern verantwortungsbewusst einen Verfassungsvorschlag beschliesst, der eine solide Grundlage für unser Zusammenleben in diesem neuen Jahrhundert darstellt.»

len zu können, regelmässig aus dem Ausland nicht einmal jerreichbar zu sein, nicht in der Lage zu sein, marktübliche Standardprodukte anbieten zu können, und was übrig bleibt zu überhöhten Preisen, ist etwa dasselbe, wie wenn die Regierung eines Agrarstaates nicht in der Lage ist, seine Bewohner mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen. Alle Telefonbenützer, ob Einzelpersonen oder Unternehmen, gesamthaft betrachtet haben durch die Regierung einen direkten Schaden von vielen Millionen Franken erlitten. Aber wir müssen die Fehler der Regierung finanzieren. Nur dank unablässigem Druck der Bürgerpartei in Landtag und Öffentlichkeit ist die Regierung bemüht, die Telefoniekosten so schnell wie möglich zu senken. Wir wünschen ihr ein schnellstmögliches Gelingen. (In zehn Tagen bereits jährt sich ja das Desaster.) Äber wir werden gleichwohl darüber wachen, dass es keine Hauruck-Aktionen ohne Einhaltung der Gesetze gibt und dass die Gesundheit über-

schnur. Diese nicht zur Verfügung stel-

schiessendem Wettbewerb vorgeht. Unsere Fraktion hat im Landtag konstruktive Vorschläge zur Behebung der Misere eingebracht. Und wir werden nicht locker lassen, bis die Telekommunikation qualitativ und quantitativ wieder mit den anderen europäischen Ländern konkurrenzfähig sein wird, und zwar in allen Belangen, ohne Abstriche.

Die Ausnützungsziffer gehört ganz einfach abgeschafft.

Ich erinnere an das Wohnbauwesen. Die Bürgerpartei hat schon 1957 mit der Einführung des Eigenheimgesetzes Pionierarbeit geleistet. Die kürzlich erfolgte Ablehnung der Revision des Wohnbauförderungsgesetzes zeigt deutlich, dass mehr Eigenverantwortung und Liberalisierung bei Beibehaltung der Eigentumsbildung auf breiter Basis und einem besonderen Anreiz für

verdichtetes Bauen gefragt ist. Es muss überhaupt und gerade im Wohnbauwesen der Eigenverantwortung und der individuellen Entfaltung mehr Raum gegeben werden. Immer mehr Vorschriften schränken den Eigentümer in seinen eigenen vier Wänden ein, ohne dass die Allgemeinheit etwa dadurch einen Vorteil hätte oder überhaupt davon betroffen wäre. Die Verwaltung, sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Landesebene, plant und entscheidet über die Grundstücke des Privaten in wachsendem Masse. Über Zonen- und Überbauungspläne wird der private Wohnungsmarkt mehr und mehr geregelt. Ein anschauliches Beispiel ist die Ausnützungsziffer. In Industrie- und Gewerbezonen findet sie sowieso keine Anwendung. Die öffentliche Hand hält sich auch nicht daran. Und trotzdem wird sie im privaten Wohnungsbau vorgeschrieben. Sie gehört ganz einfach abgeschafft. Sie ist untauglich zur Sicherung hochwertiger Grünflächen, erwirkt auch keinen angestrebten Ortsbildschutz und verteuert letztlich die ohnehin raren und kostspieligen Baugrundstücke. Bei so hohen Grundstückspreisen muss auch der Luftraum besser ausgenützt werden können. Darüber hinaus muss die Grundstücksgewinnsteuer reduziert, allenfalls gar abgeschafft werden. Dadurch wird Wohnund Arbeitsraum wieder erschwinglich für die breite Bevölkerung. Das zu verwirklichen ist unser Ziel.

Unser Land ist kein Mekka für den internationalen Transitverkehr.

Ich erinnere an das Thema Transitverkehr. Wir sind ein moderner Wirtschaftsstandort, der auf Mobilität angewiesen ist. Wir wollen Wachstum und Vollbeschäftigung. Wir müssen daher die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Aber unser Land ist kein Mekka für den internationalen Transitverkehr und darf es auch nicht werden.

Mit zwei weiteren Themen möchte ich mich noch befassen: mit der Verfassungsdiskussion und mit den gegen Liechtenstein erhobenen Vorwürfen der kriminellen Machenschaften, der Geldwäscherei und der ungenügenden internationalen Kooperation bei der Verbrechensbekämpfung.

Die vorher angeschnittenen Themen betrafen wichtige Aspekte unserer Wirtschaft, unser materielles Wohlbefinden sozusagen. Die letzteren betref-

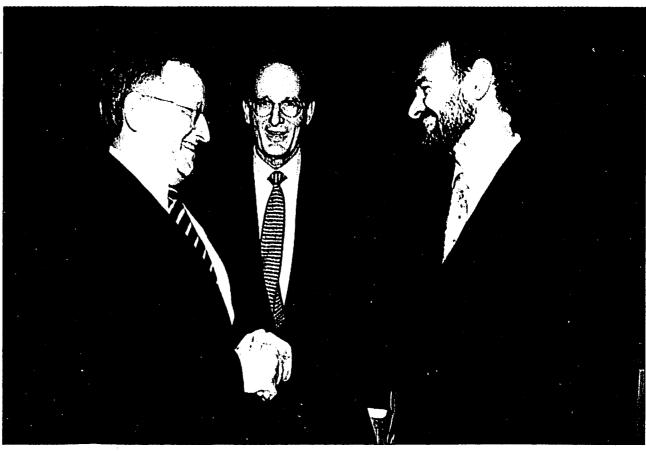
Fortsetzung auf Seite 4

Ein Dankeschön an das Präsidium

An den Beginn seiner Ansprache stellte der neue FBPL-Präsident Dr. Ernst Walch einige Worte des Dankes: «Zuallererst ist es mir ein Bedürfnis, den scheidenden Präsidiumsmitgliedern von Herzen zu danken. Es sind dies Martin Jehle und Johannes Matt als Vizepräsidenten, Martha Spiegel als Vertreterin der Frauen in der FBPL, Toni Nägele als Finanzreferent, Peter Sele als Vertreter der Obleute und Otmar Hasler als Beisitzer. Fraktionssprecher Gebhard Hoch als Vertreter der Landtagsfraktion und unserem Geschäftsführer Marcus Vogt, die wie im alten auch im neuen Präsidium weiterwirken werden, danke ich im Namen von Euch allen aufrichtig. Ich freue mich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Besonders hervorzuheben und zu danken ist Dr. Norbert Seeger als Parteipräsident. Er hat dieses Amt selbstlos übernommen, in einer der schwierigsten Zeiten der Partei, in der für uns alle unbekannten Rolle der Opposition, oft genug allein gelassen, kritisiert für Sachen, die er weder eingebrockt noch verschuldet hat, für die er aber verantwortlich gemacht wurde, in einer äusserst schwierigen finanziellen Lage, in einer Zeit weitverbreiteter Politik- und Parteiverdrossenheit, in einer Zeit grosser Veränderungen und Unsicherheit. Und trotzdem kann er zusammen mit den genannten scheidenden Präsidiumsmitgliedern eine Parteistruktur auf geordneter Basis übergeben. Er hat diese schwierige Zeit überbrückt. Wer von uns wäre eingesprungen und hätte das geschafft?

Lieber Norbert, Martin, Johannes, liebe Martha, lieber Otmar, Toni, Peter, Gebi und Marcus: Wir danken Euch mit einem gewaltigen Applaus!»



Dr. Norbert Seeger (links) gratuliert seinem Nachfolger im Amt des FBPL-Präsidenten, Dr. Ernst Walch, zur einstimmigen Wahl. In der Bildmitte der Ehrenpräsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Liechtenstein, Dr. Peter Marxer.